



Der Heilige Stuhl

***ANSPRACHE VON JOHANNES PAUL II.
AN DIE VERTRETER DER
POLNISCHEN GEWERKSCHAFT "SOLIDARNOSC"***

Dienstag, 11. November 2003

Von Herzen heiÙe ich alle Anwesenden willkommen. Insbesondere begrüÙe ich Herrn Ehrenvorsitzenden Lech Walesa und den derzeitigen Vorsitzenden der Gewerkschaft. Ich begrüÙe Herrn Bischof Tadeusz Gocłowski, den Beauftragten des Episkopats für die Pastoral in der Welt der Arbeit. Es ist mir eine Freude, die Vertreter von »Solidarnosc« wieder im Vatikan zu Gast zu haben.

Wir treffen uns nicht zum ersten Mal am 11. November, einem bedeutsamen Tag für Polen. Ich erinnere mich, daß eine solche Audienz auch im Jahr 1996 stattgefunden hat. Damals sagte ich: »Eure Probleme, eure Bestrebungen, eure Ängste und eure Freuden, eure Mühe und eure Arbeit liegen mir am Herzen, und ich trage sie jeden Tag im Gebet vor Gott.« Heute wiederhole ich das, um euch zu versichern, daß mir das Los der Arbeitnehmer in Polen teuer ist.

Wenn ich das Datum des 11. November in Erinnerung rufe, denke ich unwillkürlich daran, daß unsere Nation an jenem Tag nach jahrelangem Kampf, der sie viele Opfer und Entsagungen kostete, die nationale Freiheit wiedererlangt hat. Diese äußere Freiheit dauerte nicht lange, aber wir konnten uns im Kampf immer auf sie berufen, um die innere Freiheit, die Freiheit des Geistes, bewahren zu können. Ich weiß, wie bedeutsam dieser Tag für alle ist, die in der Zeit des Kommunismus Widerstand leisteten gegen die planmäßige Unterdrückung der Freiheit des Menschen, gegen die Verletzung seiner Würde und die Verneinung seiner Grundrechte. Aus diesem Widerstand erwuchs später die Bewegung, deren Urheber und Fortsetzer ihr seid. Auch diese Bewegung verband sich mit dem 11. November, mit der Freiheit, die im Jahr 1918 ihren äußeren und politischen Ausdruck fand und die aus der inneren Freiheit der einzelnen Bürger der geteilten Polnischen Republik und aus der geistigen Freiheit der ganzen Nation erwuchs.

Diese Freiheit des Geistes hat überlebt, obwohl sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den Vereinbarungen von Jalta unterdrückt worden war. Sie ist das Fundament der friedlichen Veränderungen in unserem Land und danach in ganz Europa geworden, die auch dank der Gewerkschaft »Solidarnos´c´« stattgefunden haben. Ich danke Gott für das Jahr 1979, in dem der Sinn für die Einheit im Guten und der gemeinsame Wunsch der unterdrückten Nation nach Wohlstand halfen, den Haß und die Rachsucht zu überwinden und den Keim zum Aufbau eines demokratischen Staates zu legen. Ja, man hat versucht, dieses Werk zu zerstören. Wir alle haben den 13. Dezember 1981 im Gedächtnis. Es gelang, diese Prüfungen zu überwinden. Ich danke Gott, daß ich am 19. April 1989 folgendes sagen konnte: Maria, »deiner mütterlichen Sorge empfehle ich ›Solidarnosc‹, die heute nach der neuen Legalisierung vom 17. April wieder tätig sein kann. Ich empfehle dir die mit diesem Ereignis verbundene Entwicklung, die das Leben der Nation nach den Gesetzen der souveränen Gesellschaft formen will. Dich, Unsere Liebe Frau von Jasna Góra, bitte ich, daß alle auf diesem Weg der Entwicklung weiterhin Mut, Klugheit und Ausgewogenheit zeigen, die unerlässlich sind, um dem Gemeinwohl zu dienen« (*Gebet bei der Generalaudienz, O.R. dt., Nr. 17, 28.4.1989, S. 1*)

Ich erinnere mich an diese Ereignisse, denn sie haben eine besondere Bedeutung für die Geschichte unserer Nation. Aber sie scheinen aus dem allgemeinen Gedächtnis zu verschwinden. Die jüngeren Generationen kennen sie nicht mehr aus eigener Erfahrung. Man könnte sich also fragen, ob sie die Freiheit, die sie besitzen, entsprechend hochschätzen, wenn sie nicht wissen, um welchen Preis sie erlangt wurde. »Solidarnosc« darf die Pflege dieser so nahen und zugleich weiter zurückliegenden Geschichte nicht vernachlässigen. Man darf nicht versäumen, die Nachkriegsgeschichte der Wiedererlangung der Freiheit in Erinnerung zu rufen. Sie ist das Erbe, auf das man ständig zurückgreifen muß, damit die Freiheit nicht in Anarchie ausartet, sondern die Form der gemeinsamen Verantwortlichkeit für das Schicksal Polens und für jeden seiner Bürger annimmt.

Am 15. Januar 1981 sagte ich vor den Vertretern von »Solidarnosc«: »Ich glaube, meine lieben Damen und Herren, daß Sie sich auch der Pflichten voll bewußt sind, die auf Sie zukommen. Es sind Pflichten von enormer Bedeutung. Sie stehen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Würde und Effizienz der menschlichen Arbeit durch die Respektierung aller persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Rechte des einzelnen zu sichern, denn er ist das Subjekt der Arbeit. In diesem Sinne haben diese Pflichten eine grundlegende Bedeutung für das Leben und das Gemeinwohl der gesamten Gesellschaft, der ganzen Nation, denn eigentlich kann man ja das Gemeinwohl der Gesellschaft letztlich auf die Frage zurückführen, wer die Gesellschaft, wer jeder einzelne Mensch ist, wie er lebt und wie er arbeitet. Deswegen hat ihre autonome Tätigkeit eine deutliche Beziehung zur gesamten Sozialmoral und muß diese immer behalten. In erster Linie zur Moral am Arbeitsplatz und zu den Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber« (*Ansprache an die Vertreter von »Solidarnosc«, in: O.R. dt., 23.01.1981, S. 3*).

Es hat den Anschein, daß diese Mahnung, die Würde und Wirksamkeit der menschlichen Arbeit

zu sichern, heute nichts von ihrer Bedeutung verloren hat. Ich weiß, wie sehr diese beiden Eigenschaften der Arbeit heute gefährdet sind. Mit der Entwicklung der Marktwirtschaft tauchen neue Probleme auf, die die Arbeitnehmer schmerzhaft berühren. Ich habe in letzter Zeit mehrmals über das Problem der Arbeitslosigkeit gesprochen, das in vielen Teilen Polens bedrohliche Ausmaße annimmt. Es hat den Anschein, als hätten die Gewerkschaften darauf keinen Einfluß. Aber man muß sich fragen, ob sie nicht auf die Form der Einstellung von Arbeitnehmern Einfluß haben, denn sie ist ja immer häufiger zeitlich befristet, oder auf die Form der Entlassungen, die vorgenommen werden, ohne daß man die Lage der einzelnen Arbeitnehmer und ihrer Familien berücksichtigt. Ja, »Solidarnosc« zeigt eine große Aktivität in den Großbetrieben, vor allem in den staatlichen. Aber man darf fragen, ob die Gewerkschaft genügend Sorge trägt für die Lage der Arbeitnehmer in den privaten Kleinbetrieben, in den Supermärkten, in den Schulen und Krankenhäusern oder in anderen Einrichtungen der Marktwirtschaft, die nicht über die Kapazität verfügen, die die Bergwerke oder Stahlindustrien besitzen. Es ist notwendig, daß eure Gewerkschaft offen den Schutz der Arbeiter wahrnimmt, denen die Arbeitgeber das Sprachrecht verweigern, das Recht, Widerstand zu leisten gegen die Phänomene, die die Grundrechte des Arbeiters verletzen.

Ich weiß, daß es in unserem Land vorkommt, daß den Arbeitern kein Lohn ausgezahlt wird. Unter Bezugnahme auf den Brief, den die polnischen Bischöfe zu diesem Thema veröffentlicht haben, sagte ich vor kurzem, daß die nicht geleistete Zahlung des geschuldeten Arbeitslohnes eine der zum Himmel schreienden Sünden ist. »Den Nächsten mordet, wer ihm den Unterhalt nimmt, Blut vergießt, wer dem Arbeiter den Lohn vorenthält« (*Sir* 34,26). Dieser Mißbrauch bringt viele Arbeitnehmer und ihre Familien in eine dramatische Situation. Die Gewerkschaft »Solidarnosc« darf angesichts dieses besorgniserregenden Phänomens nicht untätig bleiben.

Ein weiteres Problem ist die häufige Einstufung der Arbeitnehmer als Hilfsarbeiter. Es kommt vor, daß die Arbeitgeber in Polen ihren Angestellten das Recht auf Urlaub, auf Krankenversicherung und sogar auf Mutterschutz verweigern. Bedeutet das nicht, die Freiheit, für die »Solidarnos´c´« gekämpft hat, einzuschränken? In dieser Hinsicht ist noch viel zu tun. Diese Pflicht lastet auf den Staatsobrigkeiten, auf den Justizbehörden, aber auch auf »Solidarnosc«, mit der die Arbeitswelt so große Hoffnung verbunden hat. Man darf sie nicht enttäuschen.

Im Jahr 1981, als noch das Kriegsrecht galt, sagte ich zu den Vertretern von »Solidarnos´c´«: »Die Tätigkeit der Gewerkschaften hat keinen politischen Charakter und darf von niemandem, von keiner politischen Partei als Werkzeug benutzt werden, damit sie sich ausschließlich und in voller Autonomie auf das große gesellschaftliche Gut der menschlichen Arbeit und der arbeitenden Menschen konzentrieren kann« (*ebd.*). Scheinbar hat gerade die Politisierung der Gewerkschaft, die wahrscheinlich eine geschichtliche Notwendigkeit war, zu ihrer Entkräftigung geführt. In der Enzyklika *Laborem excercens* schrieb ich, daß der Träger der Staatsmacht ein indirekter Arbeitgeber ist, dessen Interessen gewöhnlich nicht mit den Bedürfnissen des Angestellten übereinstimmen. Es scheint, daß »Solidarnosc«, als es zu einem bestimmten geschichtlichen

Zeitpunkt direkt in die Welt der Politik eintrat und die Verantwortung für die Regierung des Landes übernahm, wohl oder übel auf den Schutz der Interessen der Arbeitnehmer in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens verzichten mußte. Erlaubt mir zu sagen, daß »Solidarnosc«, wenn sie heute wirklich der Nation dienen will, zu ihren Wurzeln, ihren Idealen zurückkehren sollte, die die Gewerkschaft inspiriert haben. Die Macht geht aus einer Hand über in die andere, und die Arbeiter, die Bauern, die Lehrer, die Ärzte und alle übrigen Arbeiter, unabhängig davon, wer im Land an der Macht ist, erwarten sich Hilfe für den Schutz ihrer erlaubten Rechte. Hier darf »Solidarnosc« nicht fehlen.

Es ist eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe. Jeden Tag begleite ich deshalb eure Anstrengungen mit meinem Gebet. Indem ihr die Rechte des Arbeitenden schützt, arbeitet ihr für eine gute Sache, ihr könnt deshalb auf die Hilfe von seiten der Kirche zählen. Ich glaube, daß eine solche Tätigkeit Erfolg haben und die Lage der arbeitenden Menschen in unserem Land verbessern wird. Mit der Hilfe Gottes setzt das Werk fort, das wir vor Jahren gemeinsam begonnen haben. Gott segne euch.